



## HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/72 56 21

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

Kl. 204 DW

Zl. 15-43.47:44.0/85 Sd/En

Wien, 5. Februar 1985

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 Wien - Parlament

WURF
Zl. 15-43.47:44.0/85
D. 7. FEB. 1985
Verteilt 1. FEB. 1985

*framer*

*S. Klovoc*Betr.: Entwurf des ChemikaliengesetzesBezug: Schreiben des Bundesministeriums  
für Gesundheit und Umweltschutz  
an den Hauptverband vom 31. Oktober 1984,  
Zl. IV-52.190/91-2/84

Wir wurden ersucht, 25 Exemplare unserer Stellungnahme  
direkt dem Präsidium des Nationalrates zuzuleiten und übermitteln  
hiemit die gewünschten Kopien.

Der Generaldirektor:

*Margarethe*Beilagen

**HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER**

1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/72 56 21

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

Kl. 204 DW

Zl. 15-43.47:44.0/85 Sd/En

Wien, 5. Februar 1985

An das

Bundesministerium für  
Gesundheit und Umwelt-  
schutzStubenring 1  
1010 WienBetr.: Entwurf des ChemikaliengesetzesBezug: Ihr Schreiben vom 31. Oktober 1984,  
Zl. IV-52.190/91-2/84

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt hat uns als einziger Sozialversicherungsträger eine Stellungnahme zum Chemikaliengesetz übermittelt. Wir geben in der Folge Anmerkungen aus dieser Stellungnahme wieder und bitten Sie, diese bei der endgültigen Formulierung des Gesetzestextes zu berücksichtigen.

Zu § 2 Abs 5 Z 1:

Es geht um die Klarstellung des Begriffes der "Explosionsgefährlichkeit". Als Anhaltspunkt oder Richtwert dienen entsprechende Eigenschaften des Dinitrobenzol. Nach Auffassung unserer Techniker sollte geklärt werden, ob der Gesetzgeber unter Dinitrobenzol die ortho-, meta- oder para-Verbindung versteht.

Zu § 2 Abs 5 Z 6,7 und 8:

Die Umschreibung "giftig" in drei Abstufungen richtet sich methodisch nach der Auswirkung eines Giftes auf den Gesundheitszustand von Menschen und enthält keine objektiven, technischen Werte. Deshalb empfiehlt es sich nach Auffassung unserer Techniker, im neuen Chemikaliengesetz auf LD<sub>50</sub>-Werte zurückzugreifen. Dies könnte auch in der Form eines Verordnungsvorbehaltes geschehen.

- 2 -

Zu § 5 Abs 1 Z 1:

Es ist zu bedenken, daß fast alle Polymerisate aus leicht flüchtigen und oft giftigen Bestandteilen bestehen (zB Formaldehyd, Isocyanate, Acrylnitril). Berücksichtigt man diese in der Polymerchemie anerkannten Eigenschaften, ist zu befürchten, daß der Grenzwert von zwei Gewichtsprozent der Gesamtmasse zu hoch ist und die in § 5 Abs 3 des Entwurfes vorgesehene Verordnung nicht die Ausnahme, sondern den Regelfall darstellen würde. Deshalb wird die Anregung unterbreitet, diesen Grenzwert herabzusetzen.

Zu § 15 Abs.1 und 41 Abs.3:

Die Unfallversicherungsträger der österreichischen Sozialversicherung, insbesondere auch die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, beschäftigen sich schon seit längerer Zeit mit der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Sie haben auf diesem Gebiet reiche Erfahrung erworben. Damit die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen gemäß § 15 des Gesetzesentwurfes mit den vorbeugenden Maßnahmen der Unfallversicherungsträger koordiniert werden können, wird ersucht,

- a) Vorsorge dafür zu treffen, daß die Unfallversicherungsträger von der Anordnung von Sicherheitsmaßnahmen gemäß § 15 Chemikaliengesetz raschestmöglich informiert werden und
- b) ausdrücklich auch Vertreter der Unfallversicherung in den Fachbeirat gemäß § 41 des Gesetzesentwurfes einzubeziehen.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates direkt übermittelt.

Der Generaldirektor:  
